

Nr. 07 | März 2020

## Liebe Leserinnen und Leser,

Brüssel statt Straßburg: Wegen der Ausbreitung des Corona-Virus ist die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom Elsass in die EU-Hauptstadt verlegt worden. Die ansonsten drei Tage dauernde Sitzung wurde außerdem auf einen einzigen Tag verkürzt. Die Ausbreitung des Corona-Virus in Europa zu verlangsamen, hat derzeit absolute Priorität! Deshalb wird es diese Woche auch keine Sitzung in Brüssel geben!

Die aktuelle Situation zeigt einmal mehr, wie wichtig die Arzneimittelherstellung, aber auch die Lebensmittelversorgung im eigenen Land sind. Gerade deshalb ist es zwingend notwendig, im Hinblick auf die Umsetzung der Düngeverordnung in Deutschland eine Lösung im Sinne der betroffenen Landwirte und der Verbraucher zu finden. Nach wie vor versucht die Bundesregierung aufgrund eines andauernden Vertragsverletzungsverfahrens die Novelle der Düngeverordnung im Schnellverfahren umzusetzen. Allerdings sind bestimmte Teile der Verhandlungsergebnisse zwischen Bundesregierung und EU-Kommission, insbesondere die aktuellen Ergebnisse von Ende Januar 2020, fachlich nicht haltbar und verwaltungstechnisch ohne eine Übergangsfrist nicht umsetzbar.

Unsere Landwirtschaft, insbesondere unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe, sind auf verschiedenste Weise gefordert. Wir erleben Landwirte, die über Generationen hinweg ihr Land verantwortungsvoll bewirtschaften, qualitativ hochwertigste Lebensmittel erzeugen und das Tierwohl oft über das Wohl ihrer Familie stellen. Sie sind zudem der wichtigste und verlässlichste Partner beim Klimaschutz und damit für den Green Deal. Denn ihre Böden und Wälder sind es, die Sauerstoff erzeugen und gleichzeitig Kohlenstoffdioxid binden.

Gerade in diesen unsicheren und fordernden Zeiten müssen wir daher darauf achten, dass der Landwirtschaft die nötige Luft zum Atmen bleibt. Denn wenn wir jetzt vor-schnell handeln und immer wieder neue unsinnige Vorschriften draufpacken, mindern wir die Akzeptanz der Maßnahmen und bestärken die Politikverdrossenheit in Deutschland - und das schürt nur den Unmut gegen die EU!

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 09. bis 10. März 2020 waren:

- Coronavirus: Debatte über aktuellen Ausbruch und Reaktion der EU
- Debatte mit Ratspräsident Michel über gescheiterten EU-Haushaltsgipfel
- Flüchtlinge: Lage an der griechisch-türkischen Grenze

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marlene Mortler

---

## Coronavirus: Debatte über aktuellen Ausbruch und Reaktion der EU

Am Dienstag hat das Parlament mit Kommission und kroatischem Ratsvorsitz den COVID-19-Ausbruch erörtert und die Notwendigkeit betont, die Ausbreitung des Virus in Europa zu verlangsamen. Die EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Stella Kyriakides erklärte, der Ausbruch von COVID-19 sei eine gesundheitliche Notlage, die sich stündlich ändere. Die Mitgliedstaaten müssen sich darauf konzentrieren, das Virus einzudämmen, um seine Ausbreitung zu verlangsamen, damit die Gesundheitssysteme es bewältigen können und die Auswirkungen auf Wirtschaft und soziales Leben so weit wie möglich begrenzt werden. Mehrere Fraktionsvorsitzende bekundeten ihr Mitgefühl mit den von dem Virus betroffenen Personen und lobten die Gesundheitsfachkräfte, die die infizierten Menschen betreuen. Viele betonten auch, dass die EU sich solidarisch zeigen müsse und mehr Mittel für die Erforschung des Virus bereitgestellt werden müssten. Notwendige medizinische Hilfsmittel wie Testkits, Masken und Atemschutzgeräte sollten innerhalb der EU hergestellt und allen Mitgliedstaaten zum Kauf zur Verfügung gestellt werden. Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, dass eine gemeinsame europäische Risikobewertung erforderlich sei, um sicherzustellen, dass die gleichen Maßnahmen für Gebiete mit demselben Risikograd gelten würden. Einige sprachen auch die Notwendigkeit gemeinsamer Regeln für die Einreise in den Schengen-Raum an.

## Debatte mit Ratspräsident Michel über gescheiterten EU-Haushaltsgipfel

Die Abgeordneten bedauern, dass die Mitgliedstaaten nicht bereit sind, der EU die notwendigen Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen. „Besser keine Einigung als eine schlechte Einigung“, betonten die Abgeordneten angesichts des jüngsten EU-Gipfels, auf dem die Mitgliedstaaten noch immer keine Einigung über einen gemeinsamen Standpunkt zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2021-2027) erzielen konnten. Sie forderten die Kommission nachdrücklich auf, einen Notfallplan vorzulegen, um Begünstigte wie Städte, Regionen, Studenten, Forscher, Unternehmen und NRO in ganz Europa zu schützen, da eine Verzögerung des nächsten langfristigen Haushalts kaum noch vermieden werden kann. Nachdem der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel das Scheitern des Haushaltsgipfels vom 20./21. Februar im Plenum zugegeben hatte, kritisierten die Abgeordneten dessen Diskussionsvorlage für die Mitgliedstaaten und erklärten, dass auf dieser Grundlage die EU „bedeutungslos“ werden würde. Die Vorlage sei „skandalös“, insbesondere angesichts der derzeitigen Krise an der griechischen Grenze und der COVID-19-Krise, da Michel u.a. Kürzungen bei Migrations- und Forschungsprogrammen vorgeschlagen hatte.

## Flüchtlinge: Lage an der griechisch-türkischen Grenze

Die EU muss Griechenland bei der Bewältigung seiner Grenzprobleme unterstützen und gleichzeitig das Recht auf Asyl gewährleisten, so mehrere Abgeordnete am Dienstag. In einer Debatte mit EU-Kommissar Johansson und dem kroatischen Ratsvorsitz kritisierte die Mehrheit der Redner den türkischen Präsidenten Erdoğan dafür, dass er das Leid der Menschen für politische Zwecke instrumentalisieren. Viele betonten auch, dass die Flüchtlingskrise von 2015 sich nicht wiederholen sollte, und forderten die Überarbeitung der

gemeinsamen EU-Asylvorschriften. Mehrere Fraktionsvorsitzende forderten eine Revision des Abkommens mit der Türkei, das 2016 ausgearbeitet wurde, um den Zustrom von Migranten und Asylbewerbern im Gegenzug für finanzielle Hilfe der EU einzudämmen. Andere zeigten sich zutiefst besorgt über die sich verschlechternde humanitäre Lage sowohl an der Grenze zur Türkei als auch auf den griechischen Inseln, wo Tausende von Asylbewerbern festsitzen, viele von ihnen unbegleitete Minderjährige. Die Notwendigkeit, die Genfer Konvention zu achten und Flüchtlingen Schutz zu bieten, wie auch die Vorwürfe über Polizeigewalt gegen Menschen, die versuchen, die Grenze zu überqueren und die Gefahr, dass Dschihadisten in das Gebiet der EU einreisen könnten, wurden in der Diskussion ebenfalls angesprochen. Das Treffen zwischen Erdogan, EU-Ratspräsidenten Michel und Kommissionspräsidentin von der Leyen verlief konstruktiv, aber ohne konkrete Ergebnisse. Dabei steckt die EU in einem Dilemma: Beharrt sie einerseits auf dem Flüchtlingsabkommen, ist es für sie weiterhin gültig, wie von der Leyen noch einmal betonte. Die EU braucht die Vereinbarung und Erdogan. Auf der anderen Seite will sie sich nicht von ihm erpressen lassen.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Redaktion: Sarah Schöffler